

WETTBEWERBSBEKANNTMACHUNG (Stand 04.01.2023)

Dieser Wettbewerb fällt unter: Richtlinie 2014/24/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber

I.1) Namen, Adressen und Kontaktstelle(n):

Rhein-Kreis Neuss
Amt 52, Sportförderung
Lindenstraße 16
41515 Grevenbroich
Kontakt:
Herr Dipl.-Ing. Stefan Müller
Tel. 02181 601-5213
E-Mail: Stefan.Mueller@rhein-kreis-neuss.de
NUTS-CODE: DEA1D

Internet-Adresse(n):

www.rhein-kreis-neuss-macht-sport.de

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung: <https://ovf.wettbewerbe-aktuell.de/de/wettbewerb-31556>

Weitere Auskünfte erteilen:

BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH
Frau Mareike Völp
Uhlandstraße 11
60314 Frankfurt am Main
Tel. +49 69 40 58 73 85
Fax: +49 69 40 58 73 40
E-Mail: voelp@bsmf.de
NUTS-Code: DE712

Internetadresse(n):

Hauptadresse: www.bsmf.de
BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH
Frau Mareike Völp
Uhlandstraße 11
60314 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 40 58 73 85
Fax: +49 69 40 58 73 40
E-Mail: voelp@bsmf.de
NUTS-Code: DE712

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Sport und Freizeit

Abschnitt II: Gegenstand

I.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Realisierungswettbewerb (RPW 2013) für den „Neubau eines Bundesstützpunktes Säbelfechten mit Schwimmbad am Norbert-Gymnasium Knechtsteden“ in Dormagen

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71200000-0 Dienstleistungen von Architekturbüros

71222000-0 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Auf dem Gelände des Norbert-Gymnasiums in Dormagen-Knechtsteden soll für den Bundesstützpunkt Säbelfechten eine Fechthalle mit Nebenräumen errichtet werden. Die Sporthalle soll die Möglichkeit haben, in Teilen auch dem Schulsport zur Verfügung zu stehen. Da eine (abgängige) Schwimm- und Turnhalle dem Neubau weichen muss, soll ein Ersatz dafür in das neue Gebäude integriert werden.

Die eigentliche Säbelfechthalle als klimatisierte Dreifeldhalle, der Mehrzweckraum Sport, der Kraftraum und alle weiteren Räume und Erschließungsflächen dienen vorrangig der Nutzung durch den Bundesstützpunkt, die Schwimmhalle und die Turnhalle vorrangig der Nutzung durch die Sportschule Norbert Gymnasium. Grundsätzlich soll aber eine kombinierte Nutzung möglich sein.

Das Gebäude soll in das vorhandene Nahwärmeversorgungsnetz eingebunden und technisch innovativ ausgestattet werden. Im Wettbewerbentwurf soll eine nachhaltige und ressourcenschonende Bauweise berücksichtigt und in der Präsentation nachvollziehbar begründet werden. Eine den gesamten Lebenszyklus des Gebäudes berücksichtigende Planung soll in einem integrativen Planungseinsatz ausgearbeitet werden. Die Bauherrschaft strebt eine Zertifizierung nach BNB Silber an. Das Umfeld des Neubaus – nördlicher Schulhofbereich, angrenzende Grünflächen, ein Teil des Außensportfeldes – muss im Zuge der Baumaßnahme neugestaltet werden.

Seitens des Bauherrn wird von der Planung, über die Ausführung bis hin zum Betrieb eine kooperative Zusammenarbeit aller Beteiligten als zentrales Projektziel, unter Einhaltung eines maximalen Festpreises im Sinne einer Kostenobergrenze, vorgegeben.

Gegenstand des Wettbewerbes sind die folgenden Planungsleistungen

- a) Objektplanung der Gebäude und Innenräume
- b) Objektplanung der Freianlagen

Es wird ein nichtoffener, einphasiger Realisierungswettbewerb gemäß RPW 2013 durchgeführt. Der Wettbewerb richtet sich an Kooperationen aus Architektur und Landschaftsarchitektur. Dabei soll sich zunächst der/die Architekt/in als Teilnehmer/in bewerben. Er/sie muss seine/ihre Kooperationspartner/innen erst nach der Vorauswahl bekanntgeben. Die Gesamtkosten des Bauwerks (Kostengruppen 300 - 500) betragen 17,81 Mio. Euro netto. Diese Kostenangabe ist als absolute Kostenobergrenze zu verstehen.

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.10) Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer:

Eine Bewerbung ist nur über die folgende Vergabepattform möglich: <https://ovf.wettbewerb-aktuell.de/de/wettbewerb-31556>. Bewerbungsunterlagen, die über den geforderten Umfang hinausgehen, werden nicht berücksichtigt.

Bei einer Bewerbung als Bewerbergemeinschaft ist ein bevollmächtigter Vertreter zu benennen. Ausnahme bilden die Referenzen (gelten in Summe für die Bewerbergemeinschaft).

Entsprechendes gilt im Falle der Bewerbung mit Nachunternehmern. Auch in diesem Falle sind die wesentlichen Informationen zum Nachunternehmer in Form eines separaten Bewerbungsbogens mitzuteilen. Soweit darüber hinaus beabsichtigt ist, sich zum Nachweis der Eignung auf die Kapazitäten eines Nachunternehmers zu stützen (sog. Eignungslleihe), ist außerdem ein Nachweis beizufügen aus dem hervorgeht, dass die Kapazitäten des Nachunternehmers im Falle der Zuschlagserteilung auch tatsächlich zur Verfügung stehen (z. B. Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers).

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt aufgrund von formalen Anforderungen (A) und von fachlichen Anforderungen (B) unter Einreichung der geforderten Referenzprojekte.

Zulassungsbereich:

Der Zulassungsbereich umfasst die Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie die Staaten der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen.

Erklärungen/Angaben zum Zwecke der Auswahl:

Vom Bewerber/Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft sind im Teilnahmeantrag folgende Angaben zu machen und Eigenerklärungen einzureichen:

A. Formale Anforderungen

- Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen
- Erklärung, dass er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren nicht:
 - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
 - gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
 - gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz oder
 - gem. § 98c des Aufenthaltsgesetzes

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist

- Erklärung, dass kein Interessenkonflikt nach § 6 VgV besteht
- Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 79 Abs. 2 VgV/ kein Teilnahmehindernis nach § 4 Abs. 2 RPW vorliegt.

B. Fachliche Anforderungen (an Architekt):

- Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung durch beigefügte Kopie der Eintragungsurkunde in die Architektenkammer
- Erklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mindestens 2,5 Mio. € für Personenschäden und mindestens 5,0 Mio. EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) oder Erklärung, dass eine entsprechende Berufshaftpflicht-

versicherung mit vorstehenden Deckungssummen im Auftragsfalle abgeschlossen werden kann und wird.

- Angaben zum geforderten Referenzprojekt, gem. der Beschreibung in der Eingabemaske der Vergabeplattform mit Angaben zu Projektbezeichnung, Auftraggeber, Zeitpunkt der Fertigstellung, bearbeitete Leistungsphasen, Projektgröße/Baukosten.
 - Nachweis von einem in Komplexität und Größe (vgl. mind. Honorarzone IV) etwa vergleichbaren, realisierten Projekts innerhalb der letzten 10 Jahre (2012 - 2022) mit einer BGF von mind. 2.000 m², bei denen seitens des Bewerbers jeweils mindestens die Leistungsphasen 2 - 5 erbracht wurden. Zu dem Referenzobjekt sind die angeführten Angaben (insb. Projektbezeichnung, Auftraggeber, Zeitpunkt der Fertigstellung, bearbeitete Leistungsphasen, Baukosten) zu machen. Je Referenzprojekt sind max. 2 DIN A3 einzureichen.

Auswahl der Bewerber:

Der Auftraggeber lädt aus den unter Berücksichtigung der Formerfordernisse und § 4 VgV zugelassenen Bewerbern insgesamt 15 Teilnehmer sowie drei Nachrücker ein, die sich aufgrund der geforderten Nachweise qualifiziert haben.

Für den Fall, dass mehr als 15 Teilnehmer sich innerhalb des Realisierungswettbewerbes als nach den vorstehenden Ziffern A und B als geeignet erweisen, wählt das Auswahlgremium die Teilnehmer anhand der nachstehenden Kriterien innerhalb der eingereichten Referenzen aus:

- Städtebauliche Einbindung
- Gestalterische und architektonische Konzeption
- Funktionalität und Erschließung

Teilnahmeberechtigt sind nur die ausgewählten Büros.

Bewerber, die ausgewählt worden sind, erhalten bis zum 17.02.2023 eine schriftliche Einladung zur Wettbewerbsteilnahme.

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Teilnahme ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja

Beruf angeben: Architekt/innen in Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitekt/innen.

Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, welche die in der Auslobung geforderten fachlichen Anforderungen sowie die sonstigen Zulassungsvoraussetzungen erfüllen.

- Erklärung der Berechtigung zur Führung der in III.2.1 geforderten Berufsbezeichnung. Sofern in dem jeweiligen Heimatstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt ist, so erfüllt die Anforderungen, wer über ein Diplomprüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung über die Richtlinie 2013/55/EU (Berufsqualifikationsrichtlinie) gewährleistet ist
- Ist der Bewerber eine juristische Person, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,
 - a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2013/55/EG zu tragen oder
 - b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Juristische Personen haben einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen, der für die Wettbewerbsleistung verantwortlich ist.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.2) Art des Wettbewerbs

Das Verfahren wird als einstufiger, nichtoffener Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Auswahlverfahren stattfinden. Die Anzahl der Wettbewerbsteilnehmer/innen soll in dem vorgeschalteten Auswahlverfahren auf 15 beschränkt werden.

IV.1.9) Kriterien für die Bewertung der Projekte:

- Architektonisch gestalterische und räumliche Qualität
- Freiraumplanerisch gestalterische und räumliche Qualität
- Erfüllung des Raumprogramms und der funktionalen Zusammenhänge
- Wirtschaftlichkeit in Investition und Betrieb/ Lebenszyklus
- Nachhaltigkeit / architektonisch relevante Aussagen zur Energie- und Wärmeversorgung / Umweltverträglichkeit

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Projekte oder Teilnahmeanträge

Tag: 11/02/2023

IV.2.3) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 17/02/2023

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Projekte erstellt oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Deutsch

IV.3) Preise und Preisgericht

IV.3.1) Angaben zu Preisen

Es werden ein oder mehrere Preise vergeben: ja

Anzahl und Höhe der zu vergebenden Preise:

Wettbewerbssumme gesamt: 150.600,00 Euro (zzgl. MwSt.)

Es werden folgende Preise auslobt (zzgl. MwSt.)

1. Preis (40%)	42.240,00 €
2. Preis (25%)	26.400,00 €
3. Preis (15%)	15.840,00 €

2 Anerkennungen (20%) 21.120,00 € (je 10.560,00 €)

Von der Wettbewerbssumme werden 45.000,00 Euro als Bearbeitungsgebühr auf die Teilnehmer verteilt. Es werden 3.000,00 Euro je Teilnehmer, ausgegangen von 15 Teilnehmern ausgeschüttet.

Die gesetzliche Mehrwertsteuer von 19% ist in den genannten Beträgen nicht enthalten. Bei der Auszahlung an ausländische Preisträger wird die Mehrwertsteuer von dem Auslober in Deutschland abgeführt, bei in Deutschland ansässigen Preisträgern zusätzlich ausgezahlt.

IV.3.2) Angaben zu Zahlungen an alle Teilnehmer: /

IV.3.3) Folgeaufträge

Ein Dienstleistungsauftrag infolge des Wettbewerbs wird an den/die Gewinner des Wettbewerbs vergeben: ja

IV.3.4) Entscheidung des Preisgerichts

Die Entscheidung des Preisgerichts ist für den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber bindend: ja

IV.3.5) Namen der ausgewählten Preisrichter:

Fachpreisrichter

1. Peter Berner, Architekt, Köln
2. Prof. Christl Drey, Architektin, Köln
3. Prof. Zvonko Turkali, Architekt, Frankfurt am Main
4. Prof. Michael Schumacher, Architekt, Frankfurt am Main
5. Prof. Kerstin Schultz, Architektin, Darmstadt
6. Angela Bezenberger, Landschaftsarchitektin, Darmstadt
7. Prof. Cornelia Bott, Landschaftsarchitektin, Korntal
8. Johannes Cox, Landschaftsarchitekt, Frankfurt am Main

Remus Grolle-Hüging, Architekt, Ibbenbüren (Stellv.)

Klaus-Dieter Aichele, Landschaftsarchitekt, Mainz (Stellv.)

N.N., Architekt, (Stellv.)

N.N., Landschaftsarchitekt, (Stellv.)

Sachpreisrichter

1. Herr Dirk Brügge, Kreisdirektor, Rhein-Kreis Neuss
2. Herr Dr. Martin Brans, Technischer Beigeordneter, Stadt Dormagen
3. Frau Reka Szabo, Vize-Präsidentin Leistungssport Deutscher Fechter-Bund
4. Herr Andreas Buchartz, Sportausschussvorsitzender Rhein-Kreis Neuss
5. Herr Wilhelm Meller, 1. Vorsitzender Trägerverein Norbert-Gymnasium e.V.
6. N.N., Missionsgesellschaft vom Heiligen Geist (Spiritaner)
7. N.N., Erzbistum Köln

Herr Harald Vieten, Dezernent für IT, Digitalisierung und Bauen, Rhein-Kreis Neuss (Stellv.)

Herr Dr. Torsten Spillmann, Kämmerer und Beigeordneter, Stadt Dormagen (Stellv.)

Herr Christoph Kneip, komm. Sportdirektor Deutscher Fechter-Bund (Stellv.)

Frau Martina Meirose, Sportausschussvorsitzende Stadt Dormagen (Stellv.)

Herr Johannes Gillrath, OStD i.E. und Geschäftsführer Trägerverein Norbert-Gymnasium e.V

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Der Auslober wird gemäß § 8 Abs. 2 RPW 2013 unter Würdigung der Empfehlungen des Preisgerichts einen der Preisträger im Rahmen des anschließenden VgV-Verfahrens mit der Bearbeitung weiterer Planungsleistungen gem. § 35 LPH 2-9 HOAI HZ. IV, gem. § 39 LPH 2-9 HZ. IV HOAI, gem. § 51 LPH 2-9 HOAI, gem. § 55 LPH 2-9 HOAI, gem. Anlage 1 (zu § 3 Abs. 1) 1.2.2 LPH 2-9 HOAI, gem. Anlage 1 (zu § 3 Abs. 1) 1.2.4 HOAI sowie gem. AHO Heft 17 LPH 2-9 beauftragen, sofern kein wichtiger Grund der Beauftragung entgegensteht. Die Beauftragung erfolgt stufenweise (einzeln oder kumuliert), nach LPH 2 und 3 wird ein politischer Beschluss benötigt. In diesem Zusammenhang wird klargestellt, dass die vorstehenden Angaben zur Honorarzone lediglich der Orientierung bzw. der Beschreibung der Leistung dienen. Im späteren Verhandlungsverfahren kann das Honorar frei angeboten werden; Preisvorgaben werden insoweit nicht gemacht.

Hierzu wird im Anschluss an die Preisgerichtssitzung gem. § 9 Abs. 1 RPW 2013 / § 14 (4) Nr. 8 VgV ein Verhandlungsverfahren mit den Preisträgern durchgeführt. Die Wettbewerbsteilnehmer verpflichten sich im Falle einer Beauftragung durch den Auslober, die weitere Bearbeitung zu übernehmen und durchzuführen.

Die Zuschlagskriterien im nachfolgenden Verhandlungsverfahren stellen sich wie folgt dar:

- Planungsqualität (30 %)
- Projektumsetzung (50 %)
- Honorar (20 %)

Dabei ist folgende Punktespreizung vorgesehen: Gewinner: 5 Punkte / 2. Rang: 3 Punkte / 3. Rang: 1 Punkt

Gesamtpunktzahl: 500

1. Die Vergabeunterlagen werden den Preisträgern mit Einladung zum Verhandlungsverfahren bekannt gegeben.
2. Der Auslober behält sich den Zuschlag auf das Erstangebot gem. § 17 Abs. 11 VgV vor.
3. Vorgesehene weitere Termine:

Versand der Wettbewerbsunterlagen	31.03.2023
Rückfragenkolloquium	17.04.2023
Abgabe Wettbewerbsarbeit	20.06.2023
Abgabe Modell	27.06.2023
Preisgerichtssitzung	21.08.2023

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer Rheinland - Spruchkörper Düsseldorf
Am Bonnhof 35
40474 Düsseldorf
Deutschland
Telefon: +49 (0221) 147-3053
Fax: +49 (0221) 147-2891
E-Mail: vkrhld-d@bezreg-koeln.nrw.de

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Vergabekammer Rheinland - Spruchkörper Düsseldorf

Am Bonnheshof 35
40474 Düsseldorf
Deutschland
Telefon: +49 (0221) 147-3053
Fax: +49 (0221) 147-2891
E-Mail: vkrhld-d@bezreg-koeln.nrw.de

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

- 1) Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB müssen erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem AG gerügt werden;
- 2) Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aus diesem Bekanntmachungstext erkennbar sind, innerhalb der in der Bekanntmachung benannten Angebots- bzw. Bewerbungsfrist gegenüber dem AG gerügt werden;
- 3) Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aus erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, innerhalb der Angebots- bzw. Bewerbungsfrist gegenüber dem AG gerügt werden;
- 4) Hilft der AG der Rüge nicht ab, kann ein Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer des Landes Hessen unter der o.g. Anschrift innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des AG, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt werden. Der Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit die Voraussetzungen des § 160 Abs. 3 GWB vorliegen;
- 5) Der AG weist zugleich auf die Vorschriften der §§ 134, 135 GWB hin. Insbesondere sind die Fristenregelungen in § 135 Abs. 2 GWB zur Geltendmachung der in § 134 Abs. 1 GWB genannten Verstöße zu beachten.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Vergabekammer Rheinland - Spruchkörper Düsseldorf
Am Bonnheshof 35
40474 Düsseldorf
Deutschland
Telefon: +49 (0221) 147-3053
Fax: +49 (0221) 147-2891
E-Mail: vkrhld-d@bezreg-koeln.nrw.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

09/01/2023